



MY HAPPY END Grosse gemeinnützige Organisationen haben Sensibilisierungs-Kampagne für Legate lanciert, denn seit Jahren stagnieren die Zuflüsse aus Erbschaften. HO

Gisler



MARKUS GISLER

Sondersteuer für grosse Banken

ENDE LETZTER WOCHE machte die Meldung die Runde, Bundesrat Merz prüfe eine Sondersteuer für UBS und CS. Insider waren überrascht, hatte Merz doch bisher jeder solchen Forderung die Stirn geboten. Manche fragten sich, ob das lediglich eine Konzession des Finanzministers an die SP sei, die eine Boni-Steuer verlangt. Nun ist klar, weshalb Merz diesen Schritt ankündigte.

AM DIENSTAG DRÄNGTE der Internationale Währungsfonds die USA und die EU dazu, jene Banken mit einer Sonderabgabe zu besteuern, welche als «too big to fail» betrachtet werden. Frankreich, Deutschland und Grossbritannien begrüssen seit längerem eine Sondersteuer, Anfang Jahr hatte US-Präsident Obama bereits angekündigt, die grossen Banken mit einer Sondersteuer zu belegen, welche sich am Fremdkapital misst. Je grösser der Umfang des Fremdkapitals in einer Bank, desto grösser die Steuer. Die Massnahme sollte die Banken dazu animieren, ihr Fremdkapital und damit ihr Risiko einzuschränken.

MIT DER JETZT ANGEKÜNDIGTEN Unterstützung dieser Idee durch den IWF soll einer kommenden Systemkrise auf einer internationalen Ebene begegnet werden. Doch noch viele Fragen sind offen. Etwa, ob die so eingetribenen Gelder in einem Fonds gehortet werden oder ob sie einfach mithelfen, die Staatskasse zu alimentieren. Ebenfalls fehlen die Empfehlungen der BIZ in Basel, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der internationalen Regulationsbehörde.

SELBSTRENDEND, dass sich die grossen Banken gegen eine Sondersteuer wehren. Klar ist, dass damit kein absoluter Schutz geboten ist. Offen ist die Frage, ob das Problem des genügend hohen Eigenkapitals nicht viel einfacher über eine Erhöhung der Kernkapitalquote beziehungsweise des an der Bilanz gemessenen Eigenkapitals (leverage ratio) gelöst werden kann. Auch ist die Festlegung der Eigenkapitalquote von Land zu Land anders. In der Schweiz beispielsweise hat die Finma schneller als alle anderen Regulatoren gehandelt und verlangt von der UBS und der CS bis 2013 eine Eigenkapitalquote von fünf Prozent – mithin ein Grund, weshalb die beiden Institute ihre Bilanzsummen massiv gekürzt haben. Um eine Benachteiligung zu verhindern, schlägt der IWF vor, die Liste der zu besteuerten Banken geheim zu halten. Ein frommer Wunsch.

DAS HAUPTPROBLEM JEDOCH ist die unterschiedliche Solidität der Banken und damit ein international einheitlicher Massstab, der nötig wäre, um Marktverzerrungen zu vermeiden. In Irland serbeln alle grossen Banken und müssen neu kapitalisiert werden. Ziel ist eine Kernkapitalquote von – aus Schweizer Sicht – magersten 7 Prozent. Überhaupt schlummern gemäss Experten in europäischen Banken noch gewaltige Risiken, die abgeschrieben werden müssten. Man kann es auch anders ausdrücken: Einen Systemkollaps mit einer Steuer völlig ausschliessen zu wollen, ist eine Illusion.

Hilfswerke wollen ins Testament

Gemeinnützige Organisationen buhlen gemeinsam um Legate, denn es winken Milliarden

SVEN MILLISCHER

Erben ist in der Schweiz ein Big Business: Schätzungsweise 30 Milliarden Franken werden jährlich vermacht. Doch für die Hilfswerke blieben bislang nur Brosamen übrig. Im Jahr 2008 erhielten alle gemeinnützigen Organisationen mit Zewo-Gütesiegel lediglich 100 Millionen Franken aus Erbschaften.

Zum Vergleich: Die Zewo-Werke nahmen im gleichen Zeitraum dank Spenden und Beiträgen der öffentlichen Hand rund 2,6 Milliarden Franken ein. Legate sind für Hilfswerke bislang also bloss Peanuts. Zumal die Einnahmen aus Erbschaften seit Jahren stagnieren, während die Spendengelder trotz Krise weitersprudeln. Doch die Mittelbeschaffung wird für Hilfswerke immer aufwändiger und teurer. «Im Spendengeschäft findet ein Ver-

drängungswettbewerb statt», sagt Ruth Wagner von One Marketing Services. Da biete sich der noch teilweise brachliegende Markt für Legate als willkommene Ergänzung an.

Erblasser werden immer älter

Von A wie Amnesty bis W wie WWF haben sich zehn gemeinnützige Organisationen im Verein «My Happy End» zusammengetan, um die Öffentlichkeit für Erbschaften und Legate zu sensibilisieren. Nebst einer Website mit Informationen werden auch Werbespots am Fernsehen geschaltet. Rund 40 000 Franken lässt sich jedes Hilfswerk die Kampagne in diesem Jahr kosten. Denn weniger als die Hälfte der Schweizer hat ein Testament aufgesetzt. Dies hat auch mit dem geltenden Erbrecht zu tun, das über den gesetzlichen Pflichtteil und die Erbfol-

ge den Nachlass praktisch von alleine regelt – sofern die Erbschaft in der Familie bleiben soll.

Allerdings werden die Nachkommen aufgrund der steigenden Lebenserwartung der Erblasser immer später zu Erben: Gingen 1980 noch 58 Prozent des Erbvolmens an unter 55-Jährige, werden es in zehn Jahren nur noch 37 Prozent sein. Mit der Konsequenz, dass Senioren erben, die finanziell bereits weich gebettet sind. So steigen die Chancen, dass die Vermögen dereinst auch Dritten zugutekommen. Vorausgesetzt, es liegt ein entsprechendes Testament vor.

Dem Verein fehlen die Anwälte

Fundraising-Experte Andreas J. Cueni begrüsst zwar die Kampagne, bemängelt aber, dass «My Happy End» keine starken Partner gesucht habe:

«Der Verein hat es bislang verpasst, die Anwälte ins Boot zu holen.» Häufig werde ein Testament ja im Beisein eines Notars aufgesetzt. Ein solcher Schulterschluss zwischen NGOs und Anwälten zahle sich für beide Seiten aus. Dies zeige England, wo gemeinnützige Organisationen mehr Legate erhalten, weil einfach mehr Menschen ein Testament haben: «Dort gibt es zum Beispiel einen Tag im Jahr, an dem man sich kostenlos in Erbschaftsangelegenheiten beraten lassen kann.»

Indes brauche das Legat-Marketing einen langen Atem, so Cueni. Während der Erfolg eines Spendenaufrufs in Franken messbar ist, vergehen oftmals Jahrzehnte zwischen dem Aufsetzen eines Testaments und einem Erbfall. Und auch die Motive blieben oftmals im Dunkeln, weshalb ein Hilfswerk im Testament bedacht wurde.

Peugeot baut in Frankreich weiter ab

Der Autohersteller löst bis 2012 eine überregionale Vertriebszentrale bei Paris auf

Das Versprechen, im Gegenzug zu einer Staatshilfe keine Arbeitsplätze abzubauen, hielt ein Jahr: Der französische Autobauer Peugeot schliesst bei Paris einen neuen Standort.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Die Direktion des PSA-Konzerns (Peugeot, Citroën) bestätigte gestern einen Bericht des Wirtschaftsblattes «Challenges», wonach das Ersatzteillager Melun-Sénart bei Paris bis 2012 aufgelöst wird. Die überregionale Vertriebszentrale beschäftigt derzeit 390 Mitarbeiter. Entlassungen soll es keine geben; vielmehr sollen jedes Jahr 170 Be-

schäftigte freiwillig ausscheiden oder an anderen PSA-Standorten eine neue Stelle angeboten erhalten.

Die Schliessung erfolgt im Rahmen einer betrieblichen Neuorganisation, welche die «weltweite Ersatzteillagerlogistik» – so PSA – in Vesoul (Ostfrankreich) zusammenziehen soll. Gewerkschafter glauben allerdings, dass dies nur ein erster Schritt zur teilweisen Auslagerung ins Ausland sei, da Peugeot auf der ganzen Welt Werkstätten und Absatzmärkte unterhält. Unter diesem globalen Blickwinkel macht eine Betriebsverlagerung um bloss 310 Kilometer wenig Sinn.

PSA hatte sich Anfang 2009 ver-

pflichtet, in Frankreich während fünf Jahren keine Werkstätte zu schliessen. Dafür erhielt Peugeot – wie auch sein Konkurrent Renault – 3 Milliarden Euro vom französischen Staat. Der damalige PSA-Vorsteher Christian Streiff hatte sich gegen diese Vorgabe der Regierung gestraubt. Auf die staatliche Kredithilfe angewiesen, ging er aber schliesslich auf die Bedingungen ein.

Streiffs Nachfolger Philippe Varin erklärte noch im November, es bestehe «kein neuer Restrukturierungsplan und kein Plan für neue Abgänge». Jetzt stellt er sich auf den Standpunkt, dass die Neuorganisation der Ersatzteillager keine ei-

gentliche Restrukturierung darstelle. Auch der Sprecher der Regierung, Luc Chatel, erklärte gewunden, dass eine Verteilzentrale keine eigentliche Produktionsstätte sei; PSA habe sich nur verpflichtet, keine Fabrik zu schliessen. «Die Schliessung eines Standortes im Grossraum Paris ist natürlich bedauernd, doch die Autohersteller müssen sich an die vorgefundene Lage und den Wettbewerb anpassen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern», meinte Chatel. Die Arbeitnehmervertreter wollen bei einer Betriebsratssetzung am 20. April koordinierte Gegenmassnahmen in Melun-Sénart bekannt geben.

Nachrichten

Schweizer Börse freundlich

Der Schweizer Aktienmarkt hat am Mittwoch freundlich geschlossen. Der SMI legte 0,5 Prozent auf 6916 Punkte zu. Die UBS-Aktie legte 2,4 Prozent zu, auch Credit Suisse legten gut 2 Prozent zu. Gewinner im SMI-Feld war der Telearbeitsvermittler Adecco (+3,9 Prozent). Auch Sonova (+2,4%) legten zu. Logitech (+2,5 Prozent) waren vor allem im Zuge des guten Quartalsergebnisses von Intel gesucht. (SDA)

iPad Apple-Fans müssen sich gedulden

Weil die Nachfrage nach dem iPad in den USA so hoch sei, habe sich Apple entschlossen, den internationalen Verkaufsstart auf Ende Mai zu verschieben, liess der Konzern wissen. Ab 10. Mai stehen die internationalen Preise fest und ab dann können Kunden ihr Gerät vorbestellen. In der ersten Woche wurden in den USA rund 500 000 der Tablet-Computer abgesetzt. Apple produziere so schnell wie möglich, versprach CEO Steve Jobs. (DPA)

RBA Regionalbanken haben etwas weniger verdient

Der Reingewinn der Regionalbanken-Gruppe RBA sank 2009 um 5,9 Prozent auf 252 Millionen Franken. Die Gruppe begründet dies teilweise mit Vorleistungen für eine neue Informatikplattform sowie Investitionen in den Vertrieb. Die Kundengelder hingegen stiegen erneut, nämlich um 4,2 Prozent auf 36,3 Milliarden Franken. Im Kerngeschäft der Hypothekendarlehen legte die Gruppe 5,3 Prozent auf 39,3 Milliarden Franken zu. (SDA)

Siegfried Ansprechender Auftakt im Jahr 2010

Die kodierte Wirkstoffspezialistin Siegfried hat den Umsatz im ersten Quartal um 4 Prozent erhöht. Der Betriebsgewinn habe sich «erfreulich» entwickelt, informierte Präsident Markus Altmweg im Rahmen der Generalversammlung. Die Aktionäre stimmten allen Anträgen zu. Damit wurde der Weg frei für die Ausgabe einer Pflichtwandelanleihe. Die Beteiligung der Grossaktionärin Camellia wird an mehrere Neuinvestoren übergeben. (MZ)

EU Erwägt Rettungsfonds für Euro-Schuldensünder

Die Europäische Union denkt über einen eigenen Rettungsfonds für Euro-Schuldensünder nach. Die EU will damit verhindern, dass sich eine Finanzkrise wie in Griechenland wiederholt. Droht einem Land die Pleite, soll ein gemeinsames «permanentes Hilfsinstrument» der anderen Euro-Länder den Schuldensünder retten. Das sehen zunächst unverbindliche Pläne vor, die EU-Währungskommissar Olli Rehn in Brüssel vorgestellt hat. (DPA)